



# Eine milliardenteure Feuerwehr

**STAATSFINANZEN.** Die Griechenland-Hilfe wird uns definitiv mehrere Milliarden Euro kosten – und die Staatsfinanzen sind überall in Europa in viel schlechterem Zustand als sich an den offiziellen Zahlen ablesen lässt.

Langsam beginnt sich abzuzeichnen, was uns Österreich die „Griechenland-Hilfe“ kosten wird: mindestens 880 Mio. Euro in diesem Jahr, noch einmal so viel im nächsten. Und einen Haufen Geld, der sich jetzt noch nicht beziffern lässt, danach.

Und zwar de facto in Form von verlorenen Zuschüssen. Denn dass Griechenland diese Darlehen, mit denen ja ausschließlich bereits konsumierte alte Anleihen refinanziert werden, jemals mit Zinsen zurückzahlen kann, glauben nur noch Hardcore-Optimisten.

Damit ist ein nicht geringer Teil der geplanten Steuererhöhungen schon wieder verplant. Zu den mindestens eineinhalb Milliarden Euro, die in den nächsten drei Jahren nach Griechenland fließen werden, kommt ja wohl noch ein ziemlich sicheres Hilfspaket für Portugal. Und dann bleibt die Hoffnung, dass große Wackelkandidaten wie Italien oder Spanien doch nicht umfallen.

Die Alternative hieße Schuldennachlass – und wäre noch ein schönes Stück teurer. Zwar nicht so schlimm wie in Deutschland und Frankreich, wo zusammen rund 100 Milliarden auf dem Spiel stehen. Aber zwei, drei Milliarden Euro können auch österreichische Banken nicht mehr so locker wegstecken. Immerhin halten österreichische Anleger (hauptsächlich Banken) griechische Staatsanleihen im Volumen von fünf Mrd. Euro.

Die Krisenfeuerwehr wird also zuerst mit Krediten Richtung Athen ausrücken. Und sie wird in nächster Zeit wohl ein Reihe von weiteren Blaulichtensätzen fahren. Hoffentlich professioneller als diesmal, denn derzeit bietet die EU ein jämmerliches Bild, wie es sich die Großspekulanten dieser Welt nicht besser wünschen können. Ex-Finanzminister Hannes Androsch hat das im Gespräch mit der „Presse“ so formuliert: „Es brennt lichterloh, der Brand greift gerade auf die Nebengebäude über. Und die Feuerwehr beschließt, dass sie am 10. Mai zusammentrifft, um die Löschaßnahmen zu beraten.“ Die Herrschaften werden noch lernen

müssen, dass die Finanzmärkte Reaktionen innerhalb von Stunden erwarten. Und es als Einladung zur Spekulation betrachten, wenn die Feuerwehr Wochen bis zur Ausfahrt braucht.

Gelegenheit, ihre Professionalität zu stärken, werden die Feuerwehrleute in nächster Zeit sicherlich genug haben. Denn die Staatsfinanzen sind überall in der industrialisierten Welt in viel schlechterem Zustand, als man uns weismachen will. Das hängt mit der Finanzkrise und dem damit verbundenen gewaltigen Schuldentransfer von privaten Banken zum Staat zusammen. Aber nicht nur: Auch ohne Krise waren viele EU-Länder relativ zügig unterwegs in Richtung Schuldenfalle. Es hätte nur länger gedauert.

Mit der herkömmlichen Betrachtungsweise ist das freilich nur schwer (und vor allem spät) zu



Die Bilanz

VON JOSEF URSCHITZ

erkennen. Das hat mit der (für Finanzminister sehr angenehmen) Methode zu tun, Staatsschuldenstände relativ zum Bruttoinlandsprodukt zu sehen und als Prozentsatz dieses BIPs anzugeben. Die Folge: Staatsschuldenquoten sinken selbst bei steigender Verschuldung, wenn das BIP noch stärker steigt als der Schuldenstand.

Das Konzept wird weltweit angewendet, hat aber zwei entscheidende Schönheitsfehler: Dem Finanzminister steht das BIP, also die Gesamtwirtschaftsleistung eines Landes, zur Schuldentilgung nicht zur Verfügung. Sondern nur die (viel niedrigeren) Staatseinnahmen. Und die Gläubiger wollen zur Schuldentilgung nicht BIP-Prozentpunkte sehen, sondern Euros und Dollars.

Wenn man das wahre Bild sehen will, ist die BIP-Relation also ziemlich Unsinn. Es empfiehlt sich vielmehr, die Schulden in Relation zu den Einnahmen zu stellen. Da

sieht die Lage selbst in Österreich, das ja zu den Euroländern mit vergleichsweise geordneten Staatsfinanzen gehört, leider ziemlich grimmig aus.

Und zwar so: Im vergangenen Jahrzehnt hat es – trotz des herbeigetrickten Grasser'schen „Nulldefizits“ und zwischendurch sinkender Staatsschuldenquoten – kein einziges Jahr gegeben, in dem die Staatsschuld in Euro nicht deutlich gestiegen wäre. Insgesamt liegt der Staatsschuldenstand im Jahr 2010 um 48 Mrd. Euro höher als im Jahr 2000. Die jährlichen Staatsausgaben liegen 2010 um 12,5 Mrd. Euro über jenen des Jahres 2000. Die Einnahmen aber nur um 2,2 Milliarden. Und: Die Einnahmen sind im Vorjahr wesentlich stärker gesunken als das BIP.

Anders gesagt: Bezogen auf die Einnahmen – und nur die zählen – hat Österreich im Jahr 2000 eine Staatsschuldenquote von 250 Prozent aufgewiesen. 2010 waren es bereits 330 Prozent. Unter Einrechnung der außerbudgetären Finanzierungen dürfte es schon in Richtung 400 Prozent gehen.

Allein für die Zinslast zahlen wir heuer mehr als zehn Prozent der Staatseinnahmen. 2014 werden es (ohne versteckte Schulden) bereits knapp 15 Prozent sein. Wenn jetzt noch ein paar Milliarden für diverse Hilfszahlungen an strauchelnde Euroländer abgezweigt werden müssen, dürfte der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, an dem der Staat von jedem eingenommenen Euro 20 Cent für Zinsen abführen muss. Da reden wir noch nicht von Rückzahlung. Und: Die Zinsen werden in den nächsten Jahren sicher steigen.

Eine beunruhigende Situation – die freilich von österreichischen Landesfürsten, wie man aus jüngsten Aussagen schließen kann, noch nicht wirklich „geschnallt“ wurde. Noch beunruhigender: Mit diesem Szenario gehören wir in Europa noch zu den Musterknaben. Wirklich gute Zukunftsaussichten für einen Wirtschaftsraum sehen vermutlich anders aus.

✉ josef.urschitz@diepresse.com

## DEFIZIT UND VERSCHULDUNG IN EU-LÄNDERN

	Budget-Defizit in % des BIPs		Schuldenstand in % des BIPs	
	2008	2009	2008	2009
Schweden	+2,5	-0,5	38,3	42,3
Luxemburg €	+2,9	-0,7	13,7	14,5
Estland	-2,7	-1,7	4,6	7,2
Finnland €	+4,2	-2,2	34,2	44,0
Dänemark	+3,4	-2,7	34,2	41,6
Deutschland €	0,0	-3,3	66,0	73,2
Österreich €	-0,4	-3,4	62,6	66,5
Malta €	-4,5	-3,8	63,7	69,1
Bulgarien	+1,8	-3,9	14,1	14,8
Ungarn	-3,8	-4,0	72,9	78,3
Niederlande €	+0,7	-5,3	58,2	60,9
Italien €	-2,7	-5,3	106,1	115,8
Slowenien €	-1,7	-5,5	22,6	35,9
Tschechien	-2,7	-5,9	30,0	35,4
Belgien €	-1,2	-6,0	89,8	96,7
Zypern €	+0,9	-6,1	48,4	56,2
Eurozone	-2,0	-6,3	69,4	78,7
Slowakei €	-2,3	-6,8	27,7	35,7
EU-27	-2,3	-6,8	61,6	73,6
Polen	-3,7	-7,1	47,2	51,0
Frankreich €	-3,3	-7,5	67,5	77,6
Rumänien	-5,4	-8,3	13,3	23,7
Litauen	-3,3	-8,9	15,6	29,3
Lettland	-4,1	-9,0	19,5	36,1
Portugal €	-2,8	-9,4	66,3	76,8
Spanien €	-4,1	-11,2	39,7	53,2
Großbritannien	-4,9	-11,5	52,0	68,1
Griechenland €	-7,7	-13,6	99,2	115,1
Irland €	-7,3	-14,3	43,9	64,0

€ Euro-Länder Foto: iStockphoto Quelle: APA, EU-Kommission Die Presse/JV

